

Offene Fragen der Geschichte Band 7

Chronik von 1946 bis 1951

Vertreibung der Deutschen
aus Ost-Mitteleuropa,
Hungertod nach dem Zweiten Weltkrieg,
Demontagen und Reparationen,
Entnazifizierung und Umerziehung,
Unerwünschte Vertriebene,
Schwarzmarktzeit,
Marshall-Plan,
Währungsreform 1948,
Gründung der BRD und DDR,
Koreakrieg 1950-1953 ...

Band 7/020

Chronik vom 22. September 1948 bis zum 12. November 1948

22.09.1948

SBZ: Die DWK bildet am 22. September 1948 die "Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle" (ZKK).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kontrollkommissionen" in der SBZ (x009/227): >>"Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle" (ZKK) nach dem Statut vom 16.10.1958 "Kontrollorgan des Ministerrates zur Kontrolle der Verwaltungsorgane sowie der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Einrichtungen der DDR".

Sie ist 1952 aus der "Zentralen Kontrollkommission" hervorgegangen, hat jedoch nur einen Teil der Befugnisse der alten ZKK übernommen. Diese war von der DWK insbesondere zur Aufdeckung von Wirtschaftsverbrechen gebildet worden. Sie hatte das Recht, bei begründetem Verdacht strafbarer Handlungen die Polizei bzw. die Justiz verpflichtend zu beauftragen, Personen festzunehmen und Sachen sicherzustellen (Rundverfügung des Chefs der Justizverwaltung der SBZ vom 22.9.1948).

Die alte ZKK unterhielt Landeskontrollkommissionen (LKK) in jedem Land, Kreiskontrollbeauftragte und Volkskontrollausschüsse, die befugt waren, alle Einrichtungen der Verwaltung und der Wirtschaft, auch die Privatbetriebe, zu kontrollieren. 1952 wurde dieser Unterbau aufgelöst. ...

In "volkswirtschaftlich und staatspolitisch wichtigen Einrichtungen können zeitweilig Beauftragte für staatliche Kontrollen eingesetzt werden. Die Kontrollkommission hat die Aufgabe, die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen "mit dem Ziele der konsequenten Einhaltung und Durchführung der darin festgelegten im Interesse des siegreichen Aufbaus des Sozialismus" zu kontrollieren, und zwar in den zentralen und örtlichen Organen der staatlichen Verwaltung, der Wirtschaft, der Kultur, des Gesundheitswesens und des Sozialwesens. Nicht kontrolliert werden die Ministerien für nationale Verteidigung und Staatssicherheit und deren nachgeordnete Organe sowie die bewaffneten Kräfte des Ministeriums des Innern. ...

Die Bevollmächtigten der Kontrollkommission haben das Recht, verbindliche Weisungen zu erteilen sowie von den Leitern der zuständigen Organe die Durchführung von Disziplinarver-

fahren oder die Einleitung von Ordnungsstrafverfahren verpflichtend zu verlangen. Die Kontrollkommission kann ferner die Leiter der kontrollierten Einrichtungen zur Beseitigung festgestellter Mängel unter Fristsetzung auffordern.<<

Jugoslawien: Das Obersten Gericht von Novi Sad/Neusatz verurteilt den deutschen Pfarrer Peter M. am 22. September 1948 zu 3 Jahren Zwangsarbeit.

Die Verurteilung wegen Spionagetätigkeit wird mit beschlagnahmten Aufzeichnungen und Personallisten über die Schicksale der Pfarrgemeinde in den Jahren 1944-48 begründet (x006/633).

Großbritannien: Der britische Außenminister Ernest Bevin (1881-1951) spricht am 22. September 1948 vor dem Unterhaus in London über die sowjetischen Blockademaßnahmen in Berlin (x112/594): >>Wir müssen unsere eigene Stellung stark und unzweideutig machen. Berlin ist jetzt ein Symbol des Widerstandes. ...

Es gilt, entweder in Berlin festzustehen oder einem zweiten München entgegentzugehen.<<

23.09.1948

SBZ: Die DWK erläßt am 23. September 1948 die sog. "Wirtschaftsstrafverordnung" (eine Verordnung über die Bestrafung von Verstößen gegen die Wirtschaftsordnung).

§ 15 der Wirtschaftsstrafverordnung lautet (x112/595): >>... Besteht der dringende Verdacht, daß vom Inhaber oder Leiter eines Betriebes oder in einem Betriebe eine ... strafbare Handlung begangen worden ist, so kann in jeder Lage des Verfahrens die vorläufige Verwaltung des Betriebes durch einen Treuhänder ... (oder) eine Beschlagnahme des ... Vermögens angeordnet werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Wirtschaftsstrafverordnung" in der SBZ (x009/487): >>Kurzbezeichnung der "Verordnung über die Bestrafung von Verstößen gegen die Wirtschaftsordnung" vom 23.9.1948 ...

Die Wirtschaftsstrafverordnung soll die Durchführung der Wirtschaftsplanung und der Versorgung der Bevölkerung schützen; sie ersetzte die noch von dem nationalsozialistischen Gesetzgeber erlassene Verbrauchsregelungsstrafverordnung und Kriegswirtschaftsverordnung sowie die in den Ländern der SBZ nach 1945 ergangenen wirtschaftsstrafrechtlichen Bestimmungen.

Die in § 1 katalogisierten Wirtschaftsverbrechen sind mit Zuchthausstrafe bedroht, neben der auf Vermögensentziehung erkannt werden kann. Die in den §§ 2-10 und 19 festgelegten Wirtschaftsvergehen werden mit Gefängnis bestraft; für schwere Fälle ist Zuchthaus bis zu 10 Jahren vorgesehen, neben dem auf Vermögensentziehung erkannt werden kann. Außerdem sind in allen Fällen Geldstrafen in unbegrenzter Höhe und wirtschaftliche Strafmaßnahmen (Berufsverbot, Einsetzung eines Treuhänders, Betriebsschließung u.a.) zulässig. ...<<

25.09.1948

UdSSR: Die sowjetische Regierung erklärt am 25. September 1948 (x112/596): >>... Die Sowjetregierung besteht darauf, daß die durch die separaten Maßnahmen der Westmächte geschaffene Lage bedeutet, daß sich die drei Regierungen nicht auf die souveräne Verwaltung der Westzonen Deutschlands beschränken, sondern gleichzeitig wünschen, auch an der Verwaltung von Währungs- und Finanzangelegenheiten in der sowjetischen Besatzungszone teilzunehmen, und zwar durch die Einführung ihrer separaten Währung in Berlin, das mitten in der Sowjetzone liegt, um dadurch die Wirtschaft der Ostzone Deutschlands in Unordnung zu bringen und letzten Endes die UdSSR zur Räumung ihrer Zone zu zwingen.<<

26.09.1948

Frankreich: Die drei westlichen Siegermächte beschließen am 26. September 1948 in Paris, das Berlin-Problem vor die UNO zu bringen und informieren die Sowjetunion über diese Maßnahme (x112/596): >>... Um eine weitere Gefährdung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit zu verhindern, sehen sich die Regierungen der Vereinigten Staa-

ten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs gezwungen, die Handlungsweise der sowjetischen Regierung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu unterbreiten, während sie sich gleichzeitig alle Rechte vorbehalten, die unter diesen Umständen notwendig erscheinenden Maßnahmen zur Aufrechterhaltung ihrer Position in Berlin zu treffen.<<

29.09.1948

USA: Die westlichen Siegermächte wenden sich am 29. September 1948 wegen der Berliner Blockade an den Sicherheitsrat der UNO.

In dieser Note an den Sicherheitsrat der UNO heißt es (x112/597-598): >>... Die Sowjetregierung hat durch ihre Handlungen klar gezeigt, daß sie illegale und Zwangsmaßnahmen, in Mißachtung ihrer Verpflichtungen versucht, politische Ziele zu erreichen, zu deren Erleichterung sie nicht berechtigt ist und die sie durch friedliche Mittel nicht erreichen könnte.

Sie ist zu Blockademaßnahmen geschritten; sie hat die Berliner Bevölkerung mit Aushungerung, Krankheit und wirtschaftlichem Ruin bedroht; sie hat Unruhen geduldet und versucht, die rechtmäßig gewählte Stadtverwaltung zu stürzen.

Die Haltung und das Vorgehen der Sowjetregierung lassen klar erkennen, daß sie beabsichtigt, ihre illegale und zwangsweise Blockade und ihre ungesetzlichen Maßnahmen fortzusetzen, um die absolute Autorität über das wirtschaftliche, politische und soziale Leben des Berliner Volkes zu erhalten und der Sowjetzone einzuverleiben ...

Die Lage stellt eine Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit dar.<<

September 1948

WBZ: Der deutsche Publizist und Jurist Peter Grubbe (1913-2002, eigentlich Claus P. Volkman) berichtet später über das Flüchtlings- und Vertriebenendurchgangslager Uelzen in Niedersachsen im September 1948 (x039/201-205): >>Ein kleiner, viereckiger Barackenraum. In der Diagonale ein Tisch. Dahinter zwei Angestellte, die anhören, prüfen, entscheiden.

Vor dem Tisch eine Kette von Menschen, die vorüberziehen: Männer, Frauen, Greise, Krüppel, Kinder, Kriegsversehrte, Kriegsvertriebene, Heimatlose. Einer hinter dem andern. Ohne Ende. Sie legen ihre Papiere auf den Tisch, sie erklären, bitten, betteln, warten – dann gehen sie weiter.

Das Zimmer hat zwei Türen. Zu der einen kommen sie herein, zur anderen gehen sie hinaus. Dazwischen liegt die Entscheidung, das Urteil.

Über der Eingangstür, vor der sie warten, durch die sie eintreten, hängt ein schmales weißes Schild: FLÜCHTLINGSLAGER UELZEN AUFNAHME.

Vor dem Tisch eine Frau in einem schwarzen Kleid, eine Tasche aus Papierschnur geflochten, in der Hand, das Gesicht eingefallen, rote Flecken über den spitz hervortretenden Backenknochen, neben ihr die Tochter, 16 Jahre alt, ein kindlich offenes Mädchengesicht, daneben der 13jährige Sohn.

Vor sechs Wochen hat die Tochter eine Arbeitsaufforderung für eine der verstaatlichten Thüringer Fabriken erhalten. Daraufhin sind sie fortgegangen. Zunächst wollten sie nach Hessen, in die amerikanische Zone. Dort ist die älteste Schwester bei einem Pfarrer in Stellung. Bei Eschwege hat man sie festgehalten und zurückgeschickt. Im Wiederholungsfalle würden sie mit sechs Wochen Gefängnis bestraft werden, hat man ihnen gesagt.

So sind sie nach Uelzen gekommen. Hier könnten sie Papiere für die Weiterfahrt bekommen, hat man ihnen unterwegs erzählt, hier erhielten sie auch eine Zuzugsgenehmigung. Die britische Zone nähme noch Flüchtlinge aus der russischen Besatzungszone auf.

Der Beamte schüttelt den Kopf. Die englische Zone ist schlimmer überfüllt als jede der drei anderen. Aller Zuzug ist gesperrt. Er reicht die Papiere zurück.

Das Mädchen hat während der ganzen Zeit kein Wort gesprochen. Jetzt rollen langsam zwei Tränen über ihr Gesicht. Sie hat Angst. Sie will nicht zurück in die Ostzone. Dort gibt es Listen, in die man sich eintragen muß, die Arbeitsverpflichtungen, die Fremden, die plötzlich in

den Wohnungen auftauchen, die Menschen, die nicht zurückkehren. Die Mutter hat mit unsicherer Hand eine Schachtel deutscher Zigaretten aus der Tasche gezogen, hält sie zögernd vor sich hin.

Der Beamte wendet sich ab. "Der nächste bitte ..."

Seine Stimme klingt belegt. Sein Gesicht ist plötzlich sehr müde. Langsam, zögernd verlassen die beiden Frauen den Raum. Der Junge blickt sich noch einmal um, sieht den Mann an, fragend, ohne Verständnis. Dann schließt er die Tür hinter sich.

"Der nächste bitte ..."

Ein Bauernsohn aus Mecklenburg, vor zwei Monaten aus englischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrt, groß, blond, einen verbissenen Zug um den zusammengepreßten Mund. Er legt seinen Personalausweis auf den Tisch, die polizeiliche Abmeldung, daneben die Einberufung zum Uranbergbau.

Der Beamte hebt für einen Augenblick den Kopf. Dann füllt er einen Zettel aus, für die Nebenstelle des Arbeitsamtes, in der gleichen Baracke. Echten politischen Flüchtlingen, auch die zum Uranbergbauverpflichteten gehören dazu, gewährt die britische Zone Asylrecht. Und Landarbeiter werden ohnehin gesucht.

Der Junge, der vor dem Tisch steht, holt tief Atem. Dann packt er seine Papiere zusammen und geht weiter, zum Arbeitsamt.

"Der nächste bitte ..."

Ein 18jähriges Mädchen, offensichtlich schwanger, ein rotes Tuch um den Hals, schmutzig, geschminkt, keine Papiere. Sie sei von den Russen verfolgt, habe flüchten müssen. Sie wolle mit ihrem Verlobten nach Hamburg.

Der Beamte hat bereits nach dem Stempel gegriffen. Sie bekommt einen Rückfahrchein in die russische Zone.

Mit spöttischem Lachen zerknüllt sie den Zettel, wirft ihn zur Erde. Sie wird hierbleiben, im Westen. Sie wird einen Weg finden.

"Der nächste bitte ..."

Ein alter Mann, Tischlermeister aus Ostpreußen. Drei Jahre hat er in Halle gelebt. Als Hilfsarbeiter in der Werktschlerei einer Maschinenfabrik. Jetzt hat er Nachricht von seiner Frau bekommen. Sie lebt mit der Tochter in Celle, bei Verwandten, in einem kleinen sechs Quadratmeter großen Zimmer. Dort will er hin.

Die beiden Männer hinter dem Tisch sehen sich an. Der Mann vor dem Tisch wartet. Nach Erlaß der Regierung ist die Erteilung einer Zuzugsgenehmigung zum Zwecke der Familienzusammenführung zulässig. Aber maßgeblich ist der Wohnsitz des Mannes, des Ernährers. Und das wäre Halle in der Ostzone.

Der Mann wartet. Zögernd schreibt der Beamte einen Vermerk auf das Papier, Er wird versuchen zu helfen. Er wird versuchen, ihn einzuschieben. Der Mann muß warten, vielleicht Monate. Er hat ja das Warten gelernt. Drei Jahre lang, die Hauptsache ist, daß er nicht zurück braucht.

"Der nächste bitte ..."

Ein Kriegsversehrter seit zehn Monaten unterwegs, eine ehemalige Gutsbesitzerin aus der Mark Brandenburg, zwei Landarbeiterinnen, angeblich direkt aus Ostpreußen kommend, mit gefälschten Papieren, ein ehemaliger Soldat, aus französischer Kriegsgefangenschaft geflüchtet, eine "Volksdeutsche" aus Oberschlesien, ... Bauern aus Siebenbürgen, Handwerker aus Westpreußen, Evakuierte aus Berlin, Flüchtlinge, Verbrecher; ein Straßenmädchen, das aus dem Krankenhaus geflohen ist, ein Pfarrer, den man seines Amtes enthob, ein Schwarzhändler, dem die Polizei auf den Fersen ist, eine ehemalige BDM-Führerin.

Die meisten kommen das erste Mal. Manche stehen zum dritten, zum vierten Mal vor dem Tisch. Ein Arbeitsscheuer zieht seit zwei Jahren durch die Länder der Bizone mit einem alten

Entlassungsschein und mit dreifachen Papieren.

28 Baracken umfaßt das Durchgangslager Uelzen. 28 grau gestrichene Holzbaracken auf einem Bauplatz am Rande der vom Kriege verschont gebliebenen, friedlich verschlafenen Heidedstadt. Ein Zaun, über den ein Stacheldraht gespannt ist, schließt die Anlage ein. Vor dem Tor ein Schlagbaum, daneben ein Posten, der die Papiere kontrolliert. Zwischen den einzelnen Baracken schmale Durchgänge, breite Straßen, weiße Richtungsschilder: Zum Arzt. Zur Aufnahme. Zum Verpflegungsempfang. Zur Lagerleitung. Zur Transportabteilung. Eine Barackenstadt.

Das Lager faßt 1.600 Personen und ist durchschnittlich mit über 2.000 belegt. Etwa jeder achte von denen, die kommen, kann bleiben, erhält eine Zuzugsgenehmigung der Regierung Niedersachsens, wird Verwandten zugewiesen, die angewiesen werden, ihn aufzunehmen, wird durch das Arbeitsamt im Lager an einen Betrieb vermittelt, der Fachkräfte sucht. Die keine Zuzugsgenehmigung erhalten, müssen das Lager wieder verlassen. ...

Solange sie im Lager sind, werden sie verpflegt. Einkleiden kann man sie nicht, obwohl manche von denen, die kommen, fast nur Lumpen auf dem Leib tragen und fast barfuß gehen. Aber Zuteilungen an Wäsche, an Kleidern, an Textilien waren nicht zu erhalten. Selbst Decken werden nicht mehr ausgegeben.

Die deutschen Wirtschaftsämter verfügen angeblich über keine Kontingente. Lediglich das britische Rote Kreuz verteilt täglich 40 bis 50 Kleidungsstücke an völlig zerlumpte Kinder und Frauen.

Ein saurer, dumpfer Geruch hängt in den niederen Hallen der Baracken. Es riecht nach Lumpen.

Eine Frau mit einem bäuerlich breiten Gesicht, ein schwarzes Umschlagtuch um die Schultern, hockt auf "ihrem" Platz im Stroh. Es ist ihr Bett, ihr Wohnraum, ihr "Zuhause". Zwischen den Knien hält sie eine Tasche. Sie hat ihre Schuhe ausgezogen. Die Füße sind geschwollen. Sie sucht ein Stück Stoff als Fußlappen.

Sie ist das dritte Mal im Lager. Sie kommt aus Ostpreußen. Mit dem Treck ihres Dorfes ist sie zunächst in den Sudetengau gezogen, dann über Sachsen, Thüringen hierher. Das erste Mal wies die Lagerleitung sie dem Kreis Aurich zu. Aber das Flüchtlingsamt des Kreises schickte sie zurück, da für Flüchtlinge aus dem Sudetengau nicht Niedersachsen, sondern Bayern zuständig sei. Sie wurde nach Hof weitergeleitet. Nach vier Wochen war sie wieder da. Bayern sei nur für Sudetendeutsche, nicht aber für Ostpreußen zuständig.

Nun wartet sie wieder hier. Ihr Gepäck hat sich um zwei Kisten und einen Koffer vermindert. Auch das Geld ist weniger geworden. 300 Mark hat sie noch. Über 20 Monate wartet sie jetzt, fast 2 Jahre. In der nächsten Woche soll sie mit einem Transport endgültig in ihre "neue Heimat" gebracht werden.

Im Schatten der Barackenwand spielen zwei Kinder, ein Junge und ein Mädchen von zehn bis elf Jahren. Sie spielen "Erwachsene". Sie spielen Kofferpacken und Essenholen. Sie spielen Abreisen und Streit und Schlafen. Das Kleid des Mädchens ist voller Flecken und reicht knapp bis zum Knie. Der Junge hat keine Schuhe an den Füßen. Sie sind seit Jahren nicht mehr zur Schule gegangen.

Das Mädchen kommt aus Pommern. Der Vater hat sie mitgebracht. Die Mutter ist dort geblieben, bei einem Polen. Die Mutter des Jungen kommt aus Schlesien. Sie hat keine Papiere. Sie und der Vater des Mädchens haben sich vor der Lagerleitung als Ehepaar ausgegeben. Eigentlich hätten sie Anfang der Woche mit einem Transport nach Hildesheim fahren sollen, als Landarbeiter. Aber am Abend vor der Abreise ist der Mann verschwunden. Bis heute ist er nicht zurückgekehrt. Einstweilen sorgt die Frau für das Mädchen. ... Aber was soll werden, wenn der Mann nicht zurückkommt?

Die Baracke ist halb dunkel. Die Kinder spielen. Sie spielen Grenze und Gefängnis. Später

zieht der Junge eine Illustrierte aus der Tasche. Stockend buchstabiert er die Texte unter den Bildern, denn lesen hat er noch gelernt.

Um fünf Uhr nachmittags wird das Tor des Lagers geschlossen. Wer später kommt, muß bis zum anderen Morgen warten. Der Wartesaal des Bahnhofs bleibt die ganze Nacht geöffnet. An den Tischen sitzen schlafende Gestalten. Gelegentlich schlurft ein müder Kellner durch den Raum. In einer Ecke führen ein paar Frauen ein halblautes Gespräch. Zuweilen fährt einer auf aus einem wirren Traum, tastet hastig nach dem Koffer, dem Rucksack, nach dem Geld in seinem Brustbeutel. Es wird so viel gestohlen heutzutage.

Die Nächte sind noch warm. Am Rande des Bahnsteigs, an der Bahndammböschung, hocken ein paar Gestalten im Dunkel. Einmal zündet sich einer eine Zigarette an. Für einen Augenblick beleuchtet die bläuliche Flamme eines Feuerzeugs die Gesichter. Ein Mädchen, drei Männer, einer von ihnen fast noch ein Kind, keiner älter als 30 Jahre. Ein paar Worte tropfen aus dem Dunkel. "... Arbeitsamt ... Arabische Legion ... Argentinien ... Zivilarbeiter für Frankreich ... Bayern ... besser Landwirtschaft als Bergbau ... am besten ins Ausland, in Deutschland ist doch nichts mehr los ..."

Ein Zug fährt auf dem Bahndamm vorbei. Der Schnellzug nach Hamburg. Dunkle, unbeleuchtete Wagen. Nur die Lokomotive wirft einen Feuerschein gegen den Himmel. Die Schienen vibrieren noch eine Weile.

Ein paar Schritte abseits von den anderen sitzt eine Frau. Neben ihr schlafen zwei Kinder, in eine Decke gewickelt. Vor einem Dreivierteljahr war sie im Lager Uelzen, zwei Monate lang, mit ihrem Mann zusammen. Dann wurden sie in den Kreis Verden eingewiesen. Der Mann sollte dort als Facharbeiter in einer Fabrik eingewiesen werden. Statt dessen kam er ins Krankenhaus. Dort ist er vor vier Wochen gestorben, an Tuberkulose, ohne die Arbeit aufgenommen zu haben, und daher ohne Zuzug. Darauf hat man ihr die Zuzugsgenehmigung verweigert und sie einfach in das Flüchtlingslager nach Uelzen zurückgeschickt. Denn dieses sei nun wieder für sie zuständig.

Morgen früh um acht wird sie sich dort melden. Man wird sie aufnehmen, da sie ja Papiere hat. Über anderthalb Jahre war sie bereits in Lagern. Nun wird sie wieder in einem Lager leben, vielleicht ein paar Monate, bis man sie weiterschickt. Vor dreieinhalb Jahren begann ihre Flucht. Vor dreieinhalb Jahren ist sie in die Mühle geraten, in die Mühle der Barackenlager, in die Menschenmühle.

Die die Mühle ausspuckt, machen sich ohne Ziel auf den Weg. Sie warten am Rand der Bahnhöfe auf Güterzüge, die halten müssen, weil das Signal auf Rot steht, klettern rasch auf einen der offenen Kohlewaggons und fahren mit, ohne zu wissen wohin.

Sie kommen in Dörfer, in denen man sie feindselig mustert, als gehörten sie zu einem fremden Volk, mit dem man nichts zu tun haben möchte, weil es arm ist und nichts besitzt. Wenn sie ein amtliches Papier haben, so daß man sie nicht fortschicken kann, weist man ihnen eine Baracke zu, die leer steht, weil die "Fremdarbeiter", die früher darin untergebracht waren, nach Hause gegangen sind, oder man gibt ihnen eine Kammer neben einem Stall, die sich nicht heizen läßt.

Sie landen in den Städten, in deren Straßen noch die Trümmer der zerbombten Häuser liegen. Wer Glück hat, findet einen Keller in den Ruinen, den noch keiner entdeckte, oder ein halbwegs bewohnbares Zimmer in einem eingestürzten Haus. Dann bemühen sie sich, Geld zu verdienen. ...<<

01.10.1948

SBZ: In der sowjetischen Zone und im Sowjetsektor Berlins wird am 1. Oktober 1948 der Deutsche Sportausschuß (DSA) gegründet (x112/601): >>... Nach Bildung der Kreissportausschüsse in allen Kreisen der sowjetischen Besatzungszone gehen wir nunmehr daran, unverzüglich in Dörfern und Städten, insbesondere aber in den großen volkseigenen Betrieben, de-

mokratische Sportgemeinschaften ins Leben zu rufen. In allen Sportgemeinschaften wird ein breites kulturelles Leben entfaltet.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Sport" in der SBZ (x009/412): >>Nach dem Zusammenbruch war jede sportliche Betätigung verboten.

Die Sportvereine wurden aufgelöst, das Vereinsvermögen wurde beschlagnahmt und durch die Sportdezernenten bei den Volksbildungsämtern der Kreise und Gemeinden verwaltet.

Am 1.10.1948 wurde durch den FDGB und die FDJ der Deutsche Sportausschuß (DSA) gebildet. Die sportliche Betätigung wurde immer mehr auf die neu gegründeten Betriebssportgemeinschaften (BSG) verlagert. ...<<

Palästina: Die Münchener Zeitung "Heute" meldet am 1. Oktober 1948 die Ermordung des UN-Vermittlers Bernadotte (x043/340): >>... Graf Folke Bernadotte, ein Neffe des schwedischen Königs und Präsident des Schwedischen Roten Kreuzes, der seit Mai dieses Jahres als UN-Vermittler im Palästina-Streit zwischen Juden und Arabern tätig war, fand am 17. September in Jerusalem den Tod. ...

Nach dem Kriege hatte er ein großzügiges Hilfswerk für die Notleidenden in Deutschland eingeleitet. Im Oktober 1945 reiste er als Vertreter des Schwedischen Roten Kreuzes nach Deutschland, um Hilfsaktionen einzuleiten. ...

Vor einiger Zeit wurde er in Plakaten der illegalen "Stern-Bande" (jüdische Extremisten) aufgefordert, seine Vermittlerrolle aufzugeben. Es folgten offene Morddrohungen. Aber Bernadotte ließ sich nicht einschüchtern. ... Kurze Zeit später ereilte ihn in Jerusalem die tödliche Salve aus einer Maschinenpistole. ...<<

02.10.1948

WBZ: Thomas Dehler (1897-1967, seit 1946 Landesvorsitzender der bayerischen FDP, 1948-49 Mitglied des Parlamentarischen Rates) fordert am 2. Oktober 1948 (x112/601): >>Wir wollen keine Bestandsaufnahme unserer Ohnmacht machen, sondern die Form schaffen, in der das deutsche Volk wieder Macht über sich selbst gewinnt. ...<<

06.10.1948

Berlin: Die Westberliner Militärregierungen ordnen am 6. Oktober 1948 an, rd. 350.000 Raummeter Holz zu fällen, um Brennstoffe für den Winter zu erhalten.

Der Waldbestand im Westen Berlins wird der dadurch bis Januar 1949 um zwei Drittel reduziert (x112/603).

Jugoslawien: Pater Wendelin G., der sich jahrelang um die seelsorgerische Betreuung der internierten Jugoslawien-Deutschen und die Organisation von Hilfsaktionen bemüht, wird am 6. Oktober 1948 wegen "politischer Spionage" zu 14 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

07.10.1948

Berlin: Der Parteivorstand der KPD erklärt am 7. Oktober 1948 (x112/603): >>Die demokratische Ordnung in Westdeutschland kann ... nur durch den revolutionären Massenkampf erungen werden. ...

Die Theorie von dem "besonderen deutschen, relativ friedlichen Weg zum Sozialismus" ist darum falsch.<<

08.10.1948

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 8. Oktober 1948 (x095/82-83): >>... Wie Sie wissen, tagt in Bonn der Parlamentarische Rat der drei Westzonen. Er hat u.a. die Aufgabe, den Entwurf einer Verfassung für die drei Westzonen fertigzustellen. Er wird sich daher mit der Frage beschäftigen, welche Stadt Sitz des Bundesparlaments und der Bundesregierung sowie evtl. auch des Bundespräsidenten werden soll. Frankfurt bewirbt sich sehr intensiv darum. Auf der anderen Seite wünschen das Land Nordrhein-Westfalen und die Stadt Bonn, daß Bonn Sitz werde.

Ich persönlich bin der Auffassung, daß, auch vom Standpunkt der Westmächte aus gesehen,

Bonn Frankfurt vorzuziehen ist, weil die alten traditionellen Verbindungen zwischen dem rheinischen Westen und den westlichen Nachbarn Deutschlands stärker sind als die Beziehungen zwischen Frankfurt und den westlichen Nachbarn.

Ich bin ferner der Auffassung, daß es für die Arbeit des künftigen Bundesparlaments und der Bundesregierung besser ist, wenn sie in einer verhältnismäßig kleinen Stadt, wie Bonn es ist, ihren Sitz haben, statt in dem lärmenden Frankfurt.

Die Freunde des Planes, Bonn zum Sitz zu machen, befürchten nun, daß durch Dispositionen der belgischen Besatzungstruppen, von denen man spricht, die aber noch nicht endgültig getroffen sind, größere Bauten in Bonn, die für das Bundesparlament und die Bundesregierung, für Gesandtschaften usw. gebraucht würden, beschlagnahmt würden. ...<<

09.10.1948

WBZ: Das Landesgrenzpolizeikommissariat Marktredwitz berichtet am 9. Oktober 1948 über den Abschub von Sudetendeutschen nach Bayern (x005/540-541): >>1. Während anfänglich durch die verstärkte Grenzüberwachung eine geringe Abnahme der Grenzübertritte durch Sudetendeutsche zu verzeichnen war, sind diese nunmehr wieder im Ansteigen begriffen.

Durch die schärfere Überwachung der Grenze sowie durch die vermehrten Zurückweisungen sind sowohl die tschechischen Grenzüberwachungsorgane als auch die Volksdeutschen selbst dazu übergegangen, ihre Schwerpunkte für den Grenzübertritt ständig zu wechseln und zum Teil in Grenzabschnitte zu verlegen, die bisher nicht durch illegale Grenzübertritte berührt waren.

2. Der Abschub der Sudetendeutschen aus der CSR wird von den tschechischen Stellen offensichtlich nach wie vor betrieben, und es laufen ständig organisierte Transporte im tschechischen Grenzgebiet, besonders im Raum gegenüber dem GPP (Grenzpolizeiposten) Neuhausen, ein.

Wie festgestellt wurde, werden nicht nur Volksdeutsche aus Lagern, die zur Auflösung gelangen, sondern auch andere, die sich noch in Einzelunterkünften befinden und über Zuzugsgenehmigungen verfügen, zur Aussiedlung erfaßt.

U.a. kamen die Volksdeutschen aus der Gegend von Braunau, Komotau, Elbogen, Neusattel, Chodau usw. Bemerkenswert ist hierbei wieder, daß die Transporte fast ausschließlich von Volksdeutschen selbst organisiert waren.

So hat beispielsweise den Transport aus Braunau eine Sudetendeutsche mit Namen R., wohnhaft in Märzdorf (CSR) geleitet und angeblich als Transportkosten pro Familie einen Betrag von 6.000 Tschechenkronen erhoben.

Den Transport aus Komotau organisierte und leitete ein Sudetendeutscher mit Namen K., der sich 2.000 Tschechenkronen pro Familie zahlen ließ. K. war übrigens schon vor längerer Zeit über den Grenzpolizeiposten Neuhausen ausgesiedelt worden und befindet sich nunmehr wieder in der CSR. Wie die Ausgewiesenen berichten, sind sie angehalten von den organisierten Transporten möglichst nichts zu erzählen, da sie sonst Gefahr laufen, wieder zurückgeschickt zu werden.<<

Großbritannien: Winston Churchill spricht am 9. Oktober 1948 auf dem Parteitag der britischen Konservativen über strategische Fehler der westlichen Alliierten (x112/604): >>... Die Staaten der westlichen Welt hätten mit ihren großen Rückzügen in Deutschland warten sollen, bis die Armeen von West und Ost auf einer Linie quer durch Deutschland zusammengetroffen wären. Es wäre auch klüger und vorsichtiger gewesen, wenn man es den britischen Truppen gestattet hätte, in Berlin einzuziehen, was durchaus möglich gewesen wäre, und wenn die amerikanischen Panzerdivisionen Prag besetzt hätten, zumal dies nur Sache einiger weniger Stunden gewesen wäre.

Ich und meine Kollegen aller Parteien sahen zu jener Zeit voraus, daß die Armeen der Demokratie im Sonnenglanz des Sieges dahinschmelzen würden, während die Streitkräfte des totali-

tären Despotismus in gewaltigem Ausmaß und für unbestimmte Zeit unter den Waffen gehalten werden konnten.<<

10.10.1948

WBZ: Der französische Außenminister Robert Schuman (1886-1963) bezeichnet es am 10. Oktober 1948 in Koblenz als selbstverständlich, daß Westdeutschland ein Teil der Europa-Union werden müsse (x112/605).

11.10.1948

WBZ: Der Bonner Oberstadtdirektor Johannes Langendörfer (1891-1985) erklärt am 11. Oktober 1948 (x112/605): >>Bundestag und Bundesrat könnten im Gebäude der Pädagogischen Akademie untergebracht werden. Die Lösung bedingt lediglich den Neubau eines Plenarsitzungssaales für den Bundestag. Dieser Saal kann entweder durch Ausbau der bereits vorhandenen großen Turnhalle oder durch Neubau hergestellt werden. In beiden Fällen ist die Erstellung in 6 Monaten möglich. ...<<

Jugoslawien: Adalbert Graf von Neipperg (1890-1948, Abt des katholischen Benediktiner-Ordens) schreibt am 11. Oktober 1948 im Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz (x130/237): >>Bei aller angebrachten Skepsis in allzu große Erwartungen hoffe ich doch auf eine Repatriierung für mich im Dezember – sollte es früher sein (ich bin unter den 20 Ältesten und nicht arbeitsfähig, und die sollen berücksichtigt werden!) tant mieux (um so besser) – wird es später, werde ich darüber auch die Ruhe nicht verlieren! Aber je eher desto besser – schon meiner guten Mutter willen, für die jeder Tag Erdenleben ja eine besondere Gnade ist! Und dann muß ich sagen, daß meine Sehnsucht, endlich nach 10 Jahren wieder ins Kloster zu kommen, zu Chor und Zelle und brüderlicher Gemeinschaft, immer mehr wächst. ... Meine Ausgeherlaubnis genieße ich sehr. ... Gestern war ich zum ersten Mal in der großen katholischen Kirche zum Hochamt – die heilige Messe in einer richtigen Kirche gefeiert zu sehen, ist nach über drei Jahren "Notkirche" besonders schön.<<

13.10.1948

SBZ: Der deutsche Bergmann Adolf Hennecke (1905-1975) stellt am 13. Oktober 1948 in der Kohlengrube "Karl Liebknecht" einen neuen Förderrekord auf.

14.10.1948

WBZ: US-Militärgouverneur General Clay gibt am 14. Oktober 1948 bekannt, daß weitere 110 Todesurteile aus den Dachauer Prozessen vollstreckt werden sollen (x112/607).

16.10.1948

SBZ: Die SED-Zeitung "Neues Deutschland" meldet am 16. Oktober 1948 (x156/49-50): >>Kumpel Hennecke weit voraus!

In der Grube "Karl Liebknecht" vom Steinkohlenwerk "Gottes Segen" in Zwickau hat der Kumpel Adolf Hennecke in einer Sonderschicht am 13. Oktober eine beispielgebende Leistung vollbracht, die die Aktivistenbewegung auf eine höhere Stufe stellt. Er förderte während seiner Achtstundenschicht mit dem Preßlufthammer 24,4 cbm Steinkohle, was bei einer Arbeitsnorm von 6,3 cbm je Schicht 380 % des Tagessolls bedeutet. Damit hat Hennecke die Leistungen der besten Häuer um 200 Prozent übertroffen.

Bei seiner Ausfahrt wurde Hennecke von den Kumpels, die sich vor der Anlage des Schachtes versammelt hatten, zu seiner außerordentlichen Leistung beglückwünscht. In einer Betriebsversammlung unter freiem Himmel wurde Hennecke von der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Revierdirektion ausgezeichnet. Der Häuer Hennecke ist bereits seit 26 Jahren in derselben Grube tätig und seit August als Instrukteur für die Arbeitsaktivisten eingesetzt, die durch sein Vorbild auf über hundert angewachsen sind.

... Er arbeitete vor Ort unter normalen Arbeitsverhältnissen in Einmannschicht, d.h. Förderung und Beladung wurden von ihm allein verrichtet. Hennecke übertraf sein Sondersoll und erreichte 380 %. Er erklärte zu seiner Leistung, daß bei richtiger Organisation des Arbeitspro-

zesses seine Leistung noch von manchem Kameraden nicht nur erreicht, sondern auch überschritten werden kann. Voraussetzung dazu ist die richtige Organisation des Arbeitsprozesses. Wie die Betriebsleitung des Steinkohlenwerkes mitteilt, haben bereits 3 weitere Kumpels eine Sonderschicht angemeldet.

Die Leistung des Häuers Adolf Hennecke ist der lebendige Beweis, daß es zur Erfüllung des Zweijahresplanes, zur Erfüllung der großen lebensnotwendigen Aufgabe der Produktionssteigerung vor allem der wirklichen Aktivisten der Arbeit bedarf. ... Und vor allem – muß man wissen wofür. Der Aktivist Adolf Hennecke weiß es! – Mit dem hier im Zwickauer Bergrevier erzielten Abbaurekord von 380 % der Norm ist der Anfang zu einer Aktivistenbewegung der höheren Stufe, die man eine "Hennecke-Bewegung" nennen könnte, gemacht worden.<<

17.10.1948

SBZ: Das Zentralkomitee der SED beglückwünscht am 17. Oktober 1948 den erfolgreichen Aktivisten Hennecke per Brief zu seiner herausragenden Leistung (x156/50-51):

>>Lieber Genosse Hennecke!

Mit großer Freude haben wir von Deiner wegeisenden Tat erfahren. 380 % des Tagessolls – 24,4 Kubikmeter Steinkohle in einer Schicht – ist eine revolutionierende Leistung zur Erfüllung des Wirtschaftsplanes und eine schlagende Antwort auf die Marshallplanpolitik im Westen!

Du sagst, Deine Leistung sei nichts Besonderes – sie ist aber das krönende Ergebnis eines wohlüberlegten, mit eisernen Willen verfolgten Planzieles. ...

Du bist damit zum Vorbild unserer jungen Aktivistenbewegung geworden, um Dich stehen ebensolche Helden wie Du, denen wir gleich Dir die Hand drücken. ...

Wenn die Bewegung dazu führt, daß alle Kumpels ihre Leistungen um einen hohen Prozentsatz steigern, wird Deine Tat ihre wahre Bedeutung erreichen. Darum geht es jetzt, neben den Spitzenleistungen die Durchschnittsproduktion pro Kopf zu steigern, damit eine weitgehende Übererfüllung des Plansolls im deutschen Bergbau erreicht wird. Wir wissen, daß Kumpels und Genossen wir Ihr diese Aufgabe vollbringen werden. Ihr werdet damit das führende Beispiel für andere Wirtschaftszweige geben.

Dir lieber Genosse Hennecke, gebührt unser Dank und die besten Wünsche für die Erfüllung Deiner weiteren Pläne. Dir und Deinen Kumpels sowie der ganzen Grube "Karl Liebknecht" unsere besten sozialistischen Grüße!

Mit herzlichem Glückauf! ...<<

Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014) berichtet später über die "Hennecke-Bewegung" (x156/51-52): >>Die Sowjetisierung ging mit riesigen Schritten voran. Nachdem die Theorie des besonderen Weges zum Sozialismus verurteilt, die "Geschichte der KPdSU" zur Grundlage aller Lehrpläne gemacht, die Kritik- und Selbstkritikabende nach sowjetischem Muster eingeführt worden waren, wurde Mitte Oktober 1948 getreu nach sowjetischem Muster der deutsche Stachanow "entdeckt".

Am 13. Oktober hatte Adolf Hennecke in einem Stollen der Grube Karl Liebknecht im Zwickauer Kohlenrevier das bisher übliche Tagessoll um 380 Prozent überboten. Dies wurde – ähnlich wie 1935 bei Stachanow – sofort zum Ausgangspunkt einer mächtigen "Bewegung" gemacht. Ich erinnere mich noch gut, wie wir in der Sowjetschule den Rekord Stachanows vom 31. August 1935 im Irmino-Schacht bei Stalino – Stachanow hatte die Norm mit 1.400 % erfüllt – bis zum Überdruß durchgenommen hatten.

Bei Hennecke war man bescheidener. Er hatte die Norm nicht mit 1.400 %, sondern nur mit 380 % erfüllt. Sonst war alles ebenso.

In der Sowjetunion hatte ich allmählich ein wenig über die Hintergründe der Stachanow-Bewegung erfahren: Wie lange man ein bestimmtes Arbeitsgebiet vorbereitet, besonders günstige Arbeitsbedingungen schafft, eine ganze Brigade damit beschäftigt, Zubringerdienste zu

leisten, um dann den "Rekord" zu brechen. Ich hatte keine Illusion mehr darüber, und doch war ich erstaunt, mit welcher nüchternen Offenheit wir auf einer internen Lehrerbesprechung von Rudolf Lindau über die beginnende Hennecke-Bewegung informiert wurden:

"Wir wollen hier ganz offen sprechen. Wir befinden uns jetzt in der Zeit, da es sich als notwendig erweist, durch eine besondere Bewegung eine neue Einstellung zur Arbeit, einen neuen mächtigen Aufschwung der Arbeitsproduktivität zu erzielen. Solche Dinge gehen natürlich nicht spontan, sondern müssen sorgfältig geplant und organisiert werden. Bereits vor mehr als 2 Monaten haben die Besprechungen darüber begonnen. Es mußte zunächst die Frage geklärt werden, in welchem Teil der Zone der Ausgangspunkt einer solchen Bewegung zu liegen habe.

Nach längeren Diskussionen entschied man sich, diese Bewegung in Sachsen ins Leben zu rufen. Danach wurde die Entscheidung über den Industriezweig getroffen. Ähnlich wie in der Sowjetunion wurde der Bergbau als günstigster Ausgangspunkt erkannt. Sollte man nun einen jüngeren oder einen älteren Arbeiter zu dieser Funktion auswählen?

In der Sowjetunion hat man sich für einen Komsomolzen entschieden. Bei uns in der Zone liegen die Dinge anders. Die jüngere Generation der Arbeiter wird leichter für eine Aktivistebewegung zu gewinnen sein. Bei uns ist die Hauptfrage, einen Umschwung bei den älteren Industrie- und Facharbeitern zu erreichen. Daher wurde festgelegt, einen älteren Arbeiter auszuwählen.

... Nach eingehenden Beratungen entschied man sich für ein SED-Mitglied, um damit die Rolle der Partei in dieser wichtigen Frage deutlich zu unterstreichen. ...

Bei dieser Sicht stieß man auf Adolf Hennecke, der den gewünschten Anforderungen entsprach. Er ist jetzt 43 Jahre alt, seit über 20 Jahren im Bergbau, Mitglied unserer Partei und hat auch eine SED-Parteischule besucht.

Unerwartet gab es jedoch eine Schwierigkeit: Adolf Hennecke wollte zunächst nicht. Er fürchtete, seine Arbeitskollegen würden ihm diese Rolle übelnehmen. Erst als ihm die politische Bedeutung und auch seine eigenen Aufstiegsmöglichkeiten klargemacht wurden, erklärte er sich bereit, die Aufgabe zu übernehmen.

Am 13. Oktober erfolgte dann sein Rekord, und damit stehen wir nun am Ausgangspunkt einer Aktivistebewegung."

Einige Tage später erschien ein Brief des Zentralsekretariats über Adolf Hennecke in allen Zeitungen der Sowjetzone. Es wurde von seiner "wegweisenden Tat" gesprochen, von seiner "revolutionären Leistung zur Erfüllung des Wirtschaftsplanes", "die eine schlagende Antwort auf die Marshallplan-Politik im Westen" sei. Da ich wußte, wie die Sache wirklich vor sich gegangen war, wurde ich schamrot, als ich den Brief las:

"Hieraus geht klar hervor, daß Deine Tat als Ergebnis der in Dir lebendig gewordenen Tradition der deutschen Arbeiterbewegung, wie sie sich unter anderem in Karl Liebknecht, dessen Namen Deine Grube mit Stolz trägt, verkörpert. Sie ist das Ergebnis des sozialen Verantwortungs- und höchsten Pflichtbewußtseins gegenüber Deiner Partei, Deiner Klasse und unserem Volk".<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über Adolf "Hennecke" (x009/178-179): >>... 1946 Mitglied der SED, 1947 nach dem Besuch der SED-Parteischule in Meerane von Oberst Tulpanow (SMAD) auserlesen, der deutsche Stachanow (sowjetischer Bergarbeiter, der im Jahre 1935 die Leistungsnorm um das 14,5fache übertraf) zu werden. Nach sorgfältiger technischer Vorbereitung förderte Hennecke am 13.10.1948 in einem für den Abbau besonders günstigen Stollen der Grube "Karl Liebknecht" im Zwickauer Kohlenrevier ... 387 % des bis dahin üblichen Tagessolls ...

Dieser unechte Förderrekord wurde zum Anlaß genommen, die sowjetischen Stachanow-Methoden auf deutsche Arbeitsverhältnisse zu übertragen und in allen Betrieben die Arbeits-

normen zu erhöhen. Hennecke wurde Nationalpreisträger, verdienter Bergmann. 1949 Abteilungsleiter im Ministerium für Schwerindustrie. ... Seit April 1954 ist Hennecke Mitglied des ZK der SED.<<

18.10.1948

WBZ: US-Präsident Truman erklärt am 18. Oktober 1948 in Miami (x112/608): >>Wir werden immer für den Frieden wirken; dagegen wird unser Land niemals zu einem Kompromiß über die Grundsätze der Freiheit und der Menschenrechte bereit sein. ...<<

20.10.1948

WBZ: Der Parlamentarische Rat legt am 20. Oktober 1948 in Bonn den ersten Entwurf von insgesamt 127 Artikeln des künftigen Grundgesetzes für Westdeutschland vor.

21.10.1948

WBZ: Der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Kolb (1902-1956) wirbt am 21. Oktober 1948 für die neue Bundeshauptstadt Frankfurt (x112/610): >>... Die geschichtliche Vergangenheit der Stadt Frankfurt ist bekannt. Frankfurt war die Krönungsstadt des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, und in Frankfurt trat 1848 die erste zentrale Institution der deutschen Demokratie in Gestalt der Nationalversammlung in der Paulskirche zusammen. Diese historische Tradition macht den Namen Frankfurt zum Symbol der deutschen Einheit und der deutschen Demokratie.

Keine andere Stadt Deutschlands, insbesondere der Westzonen, verkörpert in dieser Weise einen nationalen demokratischen Wert. Schon der Begriff Frankfurt drückt die politische Bedeutung der angestrebten deutschen demokratischen Einheit aus.<<

22.10.1948

SBZ: Der "Deutsche Volksrat" veröffentlicht am 22. Oktober 1948 den "Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik" (x156/64-65): >>Der deutsche Volksrat ist die einzige legitime Repräsentation des deutschen Volkes. Er fordert hiermit die Verwirklichung des Rechtsanspruchs des deutschen Volkes auf die Gestaltung seines staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, die Schaffung einer freien, demokratischen Republik und den Abschluß eines Friedensvertrages.

Er hat die konkreten Maßnahmen zur Beschreitung dieses Weges unternommen, legt hiermit dem deutschen Volk den Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik vor und stellt ihn zur freien Diskussion. Auf dem dritten Volkskongreß wird die Bilanz dieser Diskussion gezogen werden und diese Verfassung zur Beratung stehen.

Im Gegensatz zu dieser Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes zeigen die Verhandlungen des sogenannten Parlamentarischen Rates in Bonn, daß hier nicht nur die Einheit der deutschen Nation, sondern auch die Demokratie preisgegeben werden. Die in Bonn ausgearbeitete Verfassung für den westdeutschen Staat dient dem Versuch, das deutsche Volk unter die Macht zu beugen, die sich die westlichen Besatzungsmächte entgegen den Verpflichtungen von Jalta und Potsdam angeeignet haben. Das Bonner Statut nimmt sowohl den Zustand der Besatzung als auch die Usurpation des größten Teiles der deutschen Wirtschaft durch ausländische Machthaber bedingungslos hin.

Die in ihm festgelegten Befugnisse deutscher Organe und Rechte deutscher Bürger widersprechen den Interessen des deutschen Volkes. Das zu errichtende westdeutsche Staatswesen ist ein Vasallenstaat und der Willkür fremder Mächte unterworfen. Ein Besatzungsstatut kann weder die Freiheit Deutschlands noch die seiner Bürger herstellen. Es bestätigt und verewigt nur den Zustand der Besatzung.

Die Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik kann nicht aus der Befehlsgewalt von Besatzungsmächten geboren werden, sondern sie muß dem eigenen und freien Willen des gesamten deutschen Volkes entspringen. Zu dieser Willensbildung ruft der Deutsche Volksrat das gesamte deutsche Volk auf.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Verfassung" der DDR (x009/454-455): >>Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik hat als Staatsgrundgesetz eine völlig andere Bedeutung als die Verfassung demokratischer Staaten. ...

1. Entstehungsgeschichte

Die Verfassung ist nicht aus einer gewählten verfassunggebenden Versammlung hervorgegangen. Diese Rolle maßte sich vielmehr ein aus dem Zweiten Volkskongreß ... hervorgegangener "Deutscher Volksrat" an, dessen Mitglieder aus Delegierten der Parteien und Massenorganisationen bestanden. Er ließ durch einen Verfassungsausschuß den "Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik" ausarbeiten, der am 22.10.1948 veröffentlicht wurde. ...

2. Inhalt

Die Verfassung ist in ihrem Wortlaut weitgehend der Weimarer Reichsverfassung nachgebildet. So erscheint deren Art. 1 Abs. 2: "Die Staatsgewalt geht vom Volke aus" in der Fassung: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus" (Art. 3 Abs. 1). Auch das Bekenntnis zu dem Grundgesetz freier Wahlen ist in der Verfassung der DDR in fast die gleichen Worte gekleidet wie in Art. 22 der Weimarer Reichsverfassung: "Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl ... gewählt (Art. 51 Abs. 2).

Insbesondere haben die Vorschriften über die Grundrechtsartikel der Weimarer Verfassung als Vorbild gedient; sie stimmen z.T. fast wörtlich überein. Wie die entsprechenden Normen des Grundgesetzes sind diese Artikel unmittelbar geltendes Recht. Ihr Sinngehalt ist jedoch ein völlig anderer als der gleichlautender Formulierungen der Verfassung rechtsstaatlicher Demokratien.

Denn die volksdemokratische Ordnung kennt nur das Primat der Gemeinschaft, nicht dagegen die Freiheit des einzelnen um des einzelnen willen. So ist auch der Schutz der Grundrechte vor Maßnahmen der Staatsgewalt denkbar schwach ausgestaltet und bezeichnenderweise jeder richterlichen Nachprüfung entzogen. ... Sämtliche Grundrechte stehen jedoch nur auf dem Papier und werden seit dem Inkrafttreten der Verfassung ständig und bewußt verletzt und sogar durch die Gesetzgebung in verfassungsmäßig unzulässigerweise Weise eingeschränkt.

... Scheint die Verfassung auf den ersten Blick wenigstens formal den Voraussetzungen eines demokratischen Staatsgrundgesetzes zu entsprechen, so genügt sie bei genauerer Betrachtung selbst diesen Anforderungen nicht. Der angeblich die völlige Volkssouveränität verkörpernden Volkskammer fehlt seit der Verwaltungsneugliederung auch das ohnehin bescheidene Regulativ der Länderkammer. Insbesondere aber ist die in allen Demokratien unumgängliche "dritte Gewalt", die richterliche, schwach ausgebildet und effektiv wirkungslos. Es gibt neben der faktisch und gesetzlich nicht vorhandenen Unabhängigkeit der Richter nach dem Wortlaut der Verfassung kein Verfassungsgericht. ...<<

24.10.1948

Berlin: Die Zeitschrift "Ost und West" erinnert am 24. Oktober 1948 an den 300. Jahrestag des Westfälischen Friedens und den Abschluß des 30jährigen Krieges (x112/612): >>Nach 30 jähriger Dauer starb der Krieg an der allgemeinen Erschöpfung.

Eine ähnliche Zerstörung hat ein großes Kulturvolk niemals zu erdulden gehabt. Um 200 Jahre wurde Deutschland in seiner Entwicklung zurückgeworfen; 200 Jahre hat es gebraucht, bis es wieder auf die ökonomische Höhe gelangte, die es zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges behauptete. ...<<

Der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands in Ost-Berlin beginnt am 24. Oktober 1948 eine Kulturbund-Woche (x112/612): >>... (Um) 3 Jahre seiner überparteilichen, konsequent antifaschistischen Arbeit an der demokratischen Erneuerung des deutschen Geisteslebens sichtbar werden lassen.<<

25.10.1948

Berlin: Der deutsche Schriftsteller Bertolt Brecht (1896-1956) schreibt am 25. Oktober 1948 nach seiner Rückkehr aus den Vereinigte Staaten über das total zerstörte Deutschland (x111/-384): >>Der Anblick der ungeheuerlichen Verwüstungen erfüllt mich nur mit einem Wunsch: auf meine Weise dazu beizutragen, daß die Welt endlich Frieden bekommt.<<

CSR: In der CSR wird am 25. Oktober 1948 ein "Arbeitspflicht-Gesetz" bzw. Arbeitszwang für alle Männer bis zu 60 Jahren und Frauen bis zu 45 Jahren erlassen.

Für "bestimmte Klassen", die über ihre Bürgerpflicht belehrt werden müssen, richtet man Zwangsarbeitslager ein, um ihre Arbeitskraft im Interesse der Gemeinschaft zu verwenden.

Im Jahre 1951 gibt es in der Tschechoslowakei bereits 87 Arbeitslager mit 90.000 Häftlingen. 1952 existieren schon 371 Lager mit 200.000 Insassen. Der Anteil der Sudetendeutschen ist jedoch nur noch gering (x004/93).

28.10.1948

WBZ: Nach einer Verhandlungsdauer von 8 Monaten wird in Nürnberg der OKW-Prozeß (sog. "Geisel-Prozeß") gegen ehemalige Wehrmachtsoffiziere (Südost-Generäle) wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen (Ermordung von Tausenden von Zivilisten in Jugoslawien, Albanien und Griechenland) beendet.

2 Angeklagte werden zu lebenslänglicher Haft verurteilt, 9 Generäle erhalten 3 bis 20jährige Haftstrafen und 2 Generäle spricht der US-Militärgerichtshof frei.

Das US-Kriegsgericht stellt damals im Nürnberger "Geisel-Prozeß" gegen die angeklagten Wehrmachtsoffiziere fest (x130/205-206): >>Es ist klar bewiesen, daß während der Besatzungszeit in Jugoslawien gegen die Besatzungsmacht ein Guerilla-Krieg geführt wurde.

Ein Guerilla-Krieg besteht, wo nach der Kapitulation des Hauptteils der Streitkräfte, nach der Übergabe der Regierung und der Besetzung ihres Gebietes der Rest der geschlagenen Armee oder die Einwohner selbst die Feindlichkeiten fortsetzen, indem sie den Feind mit umorganisierten Kräften, die gewöhnlich nicht stark genug sind, um ihr in offener Feldschlacht gegenüberzutreten, belästigen. Sie sind mehr oder minder in der Lage eines Spions.

Nach Kriegsrecht ist es zulässig, Spione zu verwenden. Wenn ein Spion gefangen wird, darf er nichtsdestoweniger erschossen werden, weil der Kriegsführende das Recht hat, sich durch wirksame, abschreckende Strafen gegen die ernststen Gefahren der feindlichen Spionage zu schützen ...

Wir sind der Ansicht, daß die Regel gilt, daß ein Zivilist, der einen Kampf unterstützt, ihn begünstigt und daran teilnimmt, nach den Kriegsgesetzen als Kriegsverbrecher bestraft werden kann ...

Eine Prüfung des uns über diese Materie zur Verfügung stehenden Beweismaterials überzeugt uns, das Geiseln genommen werden können, um das friedliche Verhalten der Bevölkerung der besetzten Gebiete sicherzustellen, und daß diese unter gewissen Umständen, und wenn die notwendigen vorbereitenden Schritte getan wurden, als letzter Ausweg erschossen werden können ...

Übermäßige Repressalien können selbst zum Verbrechen werden und beladen die Personen, die für ihre Begehung verantwortlich sind, mit Schuld ...

Das Beweismaterial in diesem Falle führt ein Maß an Tod und Zerstörung auf, wie es in der neueren Geschichte selten übertroffen wird. Tausende unschuldige Einwohner verloren ihr Leben durch ein Erschießungskommando oder durch den Strang des Henkers ...<<

Der Nürnberger OKW-Prozeß wird in Osteuropa heftig kritisiert, weil das US-Kriegsgericht z.B. bestätigt (x051/206): >>... daß einer Besatzungsmacht das Recht zustehe, unter gewissen Umständen Geiseln zu erschießen, und daß Partisanen die Stellung von Kriegsführenden nicht zustehe.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das "Oberkommando der

Wehrmacht" (x051/425): >>Oberkommando der Wehrmacht (OKW), im Gefolge der Fritsch-Krise am 4.2.38 gebildete oberste Verwaltungs- und Kommandobehörde der deutschen Streitkräfte unter Keitel, der wiederum Hitler als Oberstem Befehlshaber der Wehrmacht direkt unterstellt war.

Keitel erhielt den Rang eines Reichsministers und wurde mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskriegsministeriums beauftragt. Vier Ämter bildeten die Organisation des Oberkommandos der Wehrmacht: Das Wehrmachtführungsamt (ab 1940 Wehrmachtführungsstab) unter Jodl war die militärische Stabsabteilung Hitlers, das Amt Ausland/Abwehr führte bis Februar 44 Canaris, hinzu kamen die verwaltenden Abteilungen Allgemeines Wehrmachtsamt sowie Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt.

Das OKW arbeitete Hitlers "Weisungen für die Kriegsführung" aus und gab seine Befehle an die Teilstreitkräfte weiter, ohne allerdings direkte Kommandoberechtigung über sie zu haben. Es kontrollierte nur die militärischen Planungen der Wehrmachtteile auf die Befolgung der allgemeinen Anweisungen Hitlers hin.

Im Nürnberger Prozeß 1945 u.a. wegen der Weitergabe des Kommissarbefehls und des Kugelerlasses angeklagt, wurde das OKW dennoch nicht unter die verbrecherischen Organisationen eingereiht, da das Gericht wie beim Generalstab den Organisationscharakter verneinte und zur Ahndung der Verbrechen des OKW die Aburteilung der einzelnen Beteiligten empfahl.<<

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über den "OKW-Prozeß" (x051/428): >>OKW-Prozeß, Verfahren vor dem Militärgerichtshof V der USA in Nürnberg gegen Generalfeldmarschall Leeb und 13 andere Generäle oder im Generalsrang stehende Offiziere der Wehrmacht (Fall 12).

Die Angeklagten wurden beschuldigt, Verbrechen gegen den Frieden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen begangen zu haben. Die Vorwürfe bezogen sich im Wesentlichen auf Planung und Führung von Angriffskriegen, Entwurf, Verteilung und Durchführung völkerrechtswidriger Befehle (z.B. des Kommissarbefehls), Verbrechen zum Nachteil von Kriegsgefangenen und Zivilpersonen, Plünderung und mutwillige Zerstörung von Städten und Dörfern. Vor Beginn der Hauptverhandlung verübte der Angeklagte Blaskowitz am 5.2.48 Selbstmord.

Unter Freisprechung von dem Vorwurf, Angriffskriege geplant zu haben, und z.T. von anderen Anklagepunkten verurteilte das Gericht am 28.10.48 nach acht Monaten Verhandlung zwei Angeklagte zu lebenslänglich und neun zu zeitiger Freiheitsstrafe von drei bis 20 Jahren. Bei zwei Angeklagten erkannte das Gericht auf Freispruch. Leeb, der nur in einem Punkt schuldig gesprochen worden war (Weitergabe und Anwendung des "Barbarossa-Gerichtsbarkeits-Befehls") und drei Jahre Freiheitsentzug erhalten hatte, wurde unter Anrechnung der Untersuchungshaft entlassen.

Am 31.1.51 setzte der US-Hochkommissar McCloy im Gnadenweg die Strafen einiger Verurteilter herab. Bis Mitte der 50er Jahre waren alle Verurteilten wieder auf freiem Fuß.<<

Hinrichtung von deutschen Wehrmachtsgenerälen (Alliierte Gerichte)

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden 41 deutsche Wehrmachtsgeneräle des Heeres (36), der Luftwaffe (4) und der Marine (1) durch Gerichte der alliierten Siegermächte zum Tod verurteilt und hingerichtet (x078/83,96-98,111,116).

Wegen angeblicher Kriegsverbrechen und "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" exekutierten die Alliierten in der UdSSR, in Jugoslawien, Griechenland, Italien und im Deutschen Reich folgende Wehrmachtsgeneräle (x078/96-98,111,116):

>>a) in der Sowjetunion hingerichtet

Generalleutnant Friedrich-Gustav Bernhard,
Generalleutnant Karl Burckhardt,

Generalleutnant Wolfgang von Dithfurth,
Generalmajor Gottfried von Erdmannsdorff,
Generalmajor Wolf Ewert,
Generalmajor Adolf Hamann,
Generalmajor Emil Just,
Generalmajor Hans Küpper,
Generalleutnant Albrecht Baron von Monteton Digeon,
Generalleutnant Helmuth von Pannwitz,
Generalmajor Bonislaw Pawel,
Generalleutnant Rudolf Peschel,
Generalleutnant Fritz-Georg von Rappard,
Generalmajor Heinrich Remlinger,
Generalleutnant Johann-Georg Richert,
Generalmajor Ruoff,
Generalmajor Eckardt von Tschammer und Osten,
Generalmajor Hermann Werther,
Generalleutnant Hermann Winkler

b) in Jugoslawien hingerichtet

General Heinrich Danckelmann,
Generalleutnant Adolf Fischer,
Generalmajor Ludwig Fischer
General Martin Fiebig,
Generalmajor Johann Fortner,
Generalmajor Hans Gravenstein,
Generalleutnant Hans von Hösslin,
Generalleutnant Joseph Kübler,
General Ludwig Kübler,
Generaloberst Alexander Löhr,
Generalmajor Adalbert Lontschar,
General Hartwig von Ludwiger,
Generalleutnant Fritz Neidholdt,
Generalleutnant Neuhaus,
Generalmajor Harald Turner,
Konteradmiral Waue,
Generalmajor Eugen Wurster

c) in Griechenland hingerichtet

General Bruno Bräuer,
General Friedrich Wilhelm Müller

d) in Italien hingerichtet

General Anton Dostler

e) in Nürnberg hingerichtet

Generaloberst Alfred Jodl,
Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel<<

Eine Grundsatzentscheidung der Alliierten Kriegsgesichte, um Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ahnden, lautet damals wie folgt (x133/484: >>... Der Umstand, daß ein Angeklagter den Befehlen seiner Regierung oder seiner Vorgesetzten gehorcht, befreit ihn nicht von der Verantwortung, und der wahre Prüfstein ist nicht das Vorhandensein solch eines Befehls, sondern die Frage, ob eine moralische Wahl tatsächlich möglich war.<<
Der spanisch-jüdische Schriftsteller Elias Canetti (1905-1994) schreibt später über "Befehl

und Verantwortung" (x105/283): >>Es ist bekannt, daß Menschen, die unter Befehl handeln, der furchtbarsten Taten fähig sind. Wenn die Befehlquelle verschüttet ist und man sie zwingt, auf ihre Tat zurückzublicken, erkennen sie sich selber nicht.

Sie sagen: Das habe ich nicht getan, und sie sind sich keineswegs immer darüber klar, daß sie lügen. Wenn sie durch Zeugen überführt werden und ins Schwanken geraten, sagen sie noch: So bin ich nicht, das kann ich nicht getan haben. Sie suchen nach den Spuren der Tat in sich und können sie nicht finden. Man staunt, wie unberührt sie von ihr geblieben sind.

Das Leben, das sie später führen, ist wirklich ein anderes und von der Tat in keiner Weise gefärbt. Sie fühlen sich nicht schuldig, sie bereuen nichts. Die Tat ist nicht in sie eingegangen.

Es sind Menschen, die sonst sehr wohl dazu imstande sind, ihre Handlungen abzuschätzen. Was sie aus sich heraus tun, hinterläßt bei ihnen die Spuren, die man erwartet. Sie würden sich schämen, ein unbekanntes und wehrloses Geschöpf, das sie nicht herausgefordert hat, umzubringen. Sie empfänden Ekel davor, irgendwen zu foltern. Sie sind nicht besser, aber auch nicht schlechter als die anderen, unter denen sie leben. Mancher, der sie aus täglichem Umgang intim kennt, wäre bereit, einen Eid darauf abzulegen, daß man sie zu Unrecht beschuldigt. ...

Von welcher Seite immer man ihn betrachtet, der Befehl in seiner kompakten, fertigen Form, wie er sie nach einer langen Geschichte heute hat, ist das gefährlichste einzelne Element im Zusammenleben von Menschen geworden. Man muß den Mut haben, sich ihm entgegenzustellen und seine Herrschaft zu erschüttern. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, den größeren Teil des Menschen von ihm freizuhalten. Man darf ihm nicht erlauben, mehr als die Haut zu ritzen. Aus seinen Stacheln müssen Kletten werden, die mit leichter Bewegung abzustreifen sind. ...<<

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über die ungesühnten Kriegsverbrechen der Sieger (x075/102-103): >>... Aber hatten nicht auch die Sieger Kriegsverbrechen begangen? Eine Frage der Rechtsanwälte, die die Hinrichtung von Gefangenen durch die Sowjetunion betraf, wurde vom Gerichtshof zurückgewiesen.

Der U-Bootkrieg gegen Handelsschiffe wurde als kriminell erachtet, nicht hinlegen die Phosphorbomben auf Dresden und auch nicht die Atombombe auf Hiroshima oder auf Nagasaki, die abgeworfen wurde, nachdem Japan seinen Wunsch zu kapitulieren bereits kundgetan hatte.

Und als vor dem Tribunal der Name Katyn ausgesprochen wurde, untersagte der Gerichtshof auf Verlangen des sowjetischen Richters eine Debatte über die Art des Verbrechens und die Identität der Verbrecher.

Die Kriegsverbrechen umfaßten gemäß der in Nürnberg angenommenen Definition "Mord, Mißhandlungen oder Deportation zur Sklavenarbeit oder für irgendeinen anderen Zweck, von Angehörigen der Zivilbevölkerung von oder in besetzten Gebieten, Mord oder Mißhandlungen von Kriegsgefangenen oder Personen auf hoher See, Töten von Geiseln, Plünderung öffentlichen oder privaten Eigentums, die mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten, Dörfern oder jede durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung".

Hinzu kamen die Verbrechen gegen die Menschlichkeit: "Nämlich: Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation oder andere unmenschliche Handlungen, begangen an irgendeiner Zivilbevölkerung von oder in besetzten Gebieten, Verfolgung aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen, begangen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das der Gerichtshof zuständig ist, und zwar unabhängig davon, ob die Handlung gegen das Recht des Landes verstieß, in dem sie begangen wurde, oder nicht." ...<<

Konrad Adenauer erklärt am 28. Oktober 1948 während der CDU-Zonenausschußsitzung in Königswinter (x112/614): >>Die Wahlen zum ersten Bundestag sind von der entscheidenden

Bedeutung für die drei Westzonen, für Deutschland und für den christlichen Gedanken. Die erste Bundesregierung hat die große Aufgabe, die Fundamente für einen Aufbau zu legen, der auf lange Zeit hinaus Geltung haben wird. Wenn es nicht gelingt, eine auf christlichem Boden stehende Mehrheit zu schaffen, dann ist die Rettung des christlichen Gedankens in Europa sehr in Frage gestellt. ...

Das deutsch-französische Verhältnis ist die entscheidende aller Fragen und verdient größte Aufmerksamkeit. ... In der Frage der europäischen Föderation müssen wir antreibend wirken, da hier die einzige Möglichkeit für eine bessere Zukunft Deutschlands liegt.<<

30.10.1948

WBZ: Die "Neue Zeitung" berichtet am 30. Oktober 1948 über die zukünftige deutsche Bundeshauptstadt (x112/615): >>Bonn oder Frankfurt als Hauptstadt. Beide Städte kämpfen um den Rang – Berlins Anspruch bleibt anerkannt.<<

31.10.1948

WBZ: In der Präambel der neuen saarländischen Verfassung vom 31. Oktober 1948 heißt es (x112/616): >>... Das Saarland ist ein autonomer Staat, der wirtschaftlich mit Deutschland verbunden und politisch von Deutschland getrennt ist.<<

Oktober 1948

Jugoslawien: In St. Georgen im Banat wird ab Oktober 1948 ein zweites Altersheim für Volksdeutsche eingerichtet.

Die pflegebedürftigen Alten und Kranken werden dort im allgemeinen recht human behandelt und genießen ausreichende ärztliche Fürsorge (x006/115E).

01.11.1948

WBZ: Konrad Adenauer bittet den Kölner Kardinal Frings (1887-1978) bzw. die katholische Kirche am 1. November 1948 in einem Brief, die CDU/CSU bei den zukünftigen Wahlen zu unterstützen (x112/616): >>... Wenn es der CDU/CSU nicht gelingt, bei diesen Wahlen (zum ersten Deutschen Bundestag, die zu diesem Zeitpunkt für März-April/Mai 1949 vorgesehen sind) eine Mehrheit zu bekommen, ist für die Vertretung der christlichen Interessen das Schlimmste zu befürchten, da die Sozialdemokratie weit überwiegend marxistisch und un-duldsam eingestellt ist.<<

Walter Müller-Bringmann berichtet am 1. November 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/78-82): >>1. November 1948. Eine graue Nebelschicht liegt über dem Lager, hüllt die Baracken ein, dämpft das Geräusch der in der Nähe vorbeifahrenden Züge. Hier öffnet sich eine Tür, dort werden Schritte auf den Gängen laut. Gestalten sind zu sehen, die mit Seife und Handtuch der Waschbaracke zustreben.

Ein Tag in Friedland hat begonnen.

... In den Baracken erheben sich die müden Schläfer von den Feldbetten. ... Andere bleiben auch liegen. Sie haben nichts zu versäumen. Wer weiß, was dieser Tag bringen wird. Vielleicht einen Freifahrtschein nach dem Lager Aurich. Möglicherweise auch eine Einweisung für irgendein Dorf in Oldenburg. Es kommt alles noch früh genug. Hier hatte man zunächst einmal sein Bett und sein Essen. Mehr braucht der Mensch unseres Jahrzehnts offenbar nicht, um zufrieden zu sein.

In der Lagerleitung ist überall Licht gemacht worden. Die Angestellten nehmen die Arbeit auf.

...

Während alles noch schlief, wurde in der Küchenbaracke bereits tüchtig gearbeitet. Kaffee muß für viele hundert Menschen gekocht werden. Und dann sind Vorbereitungen zu treffen, damit gegen Mittag das Essen ausgegeben werden kann. Gute, schmackhafte Hausmannskost. Frauen sitzen in einer Ecke und schälen Kartoffeln. Die Feuer unter den großen Kesseln werden kräftig geschürt. ...Man muß sich sputen um rechtzeitig fertig zu sein. Essen ist eine sehr wichtige Angelegenheit für Menschen die Hunger haben. Und nicht nur für die. ...

In Baracke VI ist, wie überall, die trostlose Morgenstimmung eingetreten. Diese Morgenstunden sind schlimm. Man ist aufgewacht, hat sich einigermaßen recht und schlecht gewaschen und gekämmt, hat sich warmen Kaffee geholt und eine Kleinigkeit dazu gegessen. Und nun sitzt man da um den großen Tisch und wartet - wartet wieder wie gestern und vorgestern auf das, was da kommen soll. ...

Zwei Kinder spielen wie verloren in einer Nische. Sie haben irgendwo eine Puppe, ein armseliges Holzding, herbekommen und versuchen, alte Flicker in Puppenkleidung umzuwandeln.

...

Die Frauen ... empfinden dieses Warten als besonders bedrückend. Trotzdem fügen sich Frauen besser als Männer in die Regeln und ungeschriebenen Gesetze des Lagers ein. ... Männer begehren schnell auf, werden laut, lassen sich nicht belehren, wollen mit dem Kopf durch die Wand. Sie sind manchmal "ganz unten", müssen wieder aufgerichtet werden, hatten so viel Mut und sind doch so mutlos geworden.

Frauen sind zäher, härter im Nehmen, verlieren nicht so schnell die Beherrschung, haben weiter ihre Sorge um die Familie und müssen nun auch noch auf den Mann aufpassen. Sie versuchen die Kleidung auszubessern, sehen immer wieder den Inhalt der Koffer, Kisten und Rucksäcke nach, versuchen den Baracken ihre tödliche Leere zu nehmen, indem sie dort ein paar Blumen hinstellen, hier zwei Betten versetzen und dadurch einen Hauch von Gemütlichkeit hervorzaubern.

Frauen verstehen durch einige Handgriffe toten Gegenständen Wärme einzuflößen. Diese Eigenschaft wird ihnen mit in die Wiege gelegt. Das haben sie von den Müttern gelernt. Und sie wenden diese Gaben an. Überall in der Welt. So auch hier. In Friedland. In den armseligen Baracken.

Über den Lautsprecher kommt der Ruf, daß Mittagessen empfangen werden kann. Sogleich gehen die Türen auf, kommen Männer, Frauen, Kinder mit Schüsseln und Töpfen zum Vorschein, eilen zur Lagerküche und stellen sich an. Die Schlange entsteht. Wie jeden Tag um diese Zeit. ...

Der Nachmittag beginnt. Manche liegen auf den Betten und schlafen. Andere ... erkundigen sich nach den Möglichkeiten in Westdeutschland, schreiben Briefe. Es gibt lange Nachmittage, die kein Ende nehmen wollen.

Abends sitzen die Menschen in den Baracken am Ofen, rücken noch etwas näher, weil der Novemberwind kalt und eisig durch die Ritzen zu dringen vermag, erzählen sich etwas von der Heimat. ...

In der Lagerleitung (löscht man) die Lichter aus. Eins nach dem anderen. Es ist spät geworden. Und der Tag war lang. Hier geht noch eine Tür. Es wird still im Lager. ...

Die Betten werden zurecht gemacht, man wickelt sich in die Decken und versucht einzuschlafen. Es gelingt nicht allen. Wenn es dunkel ist, kommen die Gedanken geschlichen und bestürmen die Menschen. Kommt die Erinnerung und ruft in ihnen wach, was sie verloren, was sie durchlitten, was sie erlebten. ...

Ein Tag in Friedland geht zu Ende.<<

03.11.1948

WBZ: Der Grundsatzausschuß des Parlamentarischen Rates entscheidet sich am 3. November 1948 für die "künftigen Bundesfarben" Schwarz-Rot-Gold.

04.11.1948

WBZ: Hamburgs Bürgermeister Max Brauer (1887-1973) erklärt am 4. November 1948 (x112/618): >>... In den westlichen Zonen Deutschlands sind gegenwärtig noch rund 600.000 heimatlose Ausländer, die der deutschen Bevölkerung monatlich 1,5 Millionen DM Unterhaltungskosten verursachen.<<

05.11.1948

WBZ: In Landsberg/Lech werden am 5. November 1948 vierzehn verurteilte NS-Verbrecher hingerichtet.

09.11.1948

WBZ: Im Verlauf der 24. Vollversammlung des VWG-Wirtschaftsrates erfolgt am 9. November 1948 die erste Lesung des Gesetzes zum Ausgleich von Kriegs- und Kriegsfolgeschäden (Lastenausgleichsgesetz).

Der deutsche Schriftsteller und Schauspieler Werner Finck (1902-1978) schreibt am 9. November 1948 über sein in der Herbig Verlagsbuchhandlung erschienenes Buch "Aus der Schublade" (x112/621): >>... Nach dem vorletzten Kriege (1939–1945) begann die Jagd nach der Schublade: Zum allgemeinen Erstaunen war sie leer. Eine bittere Lehre, die wir daraus ziehen mußten! Teils mag diese symbolische Inhaltslosigkeit an der fortgeschrittenen Praxis der drittreichigen Heim- und Haussuchungen gelegen haben, der auch die Schubladen nicht entgehen konnten, teils an der tatsächlichen Lethargie des pausenlos völkisch beobachteten Geistes.

Meine eigene Schublade machte keine Ausnahme. Ich hatte nur ganz wenig und damit alle hineingelegt, die Gott weiß was darin vermutet hatten. Dieses Wenige ist, weniger, weil es damals verboten war, sondern weil es (wenigstens in gewissen Zonen) schon wieder so aktuell geworden ist, in Druck gekommen.

Im Nichtvorderenteil (um eine anstößige Formulierung zu vermeiden) dieses Buches befinden sich viele in der freiesten Zeit Deutschlands entstandene Gedichte aus der "Neuen Herzlichkeit", jenes Büchleins aus der Katakombenzeit, das dem Scheiterhaufen nur dadurch entging, daß es gänzlich unbekannt war.<<

10.11.1948

WBZ: Bei den Ford-Werken in Köln läuft am 10. November 1948 der erste Ford "Taunus" vom Band.

11.11.1948

SBZ: Am 11. November 1948 beginnt eine Verfolgungswelle gegen LDPD-Mitglieder.

12.11.1948

WBZ: In Landsberg/Lech werden am 12. November 1948 fünfzehn verurteilte KZ-Aufseher gehängt.